

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Ergowitzer, 8, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung u. m. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Verkehrs-Anschluss Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig, Umfassung, Scherenschnitt und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 127.

Donnerstag, den 24. Oktober 1929.

32. Jahrg.

## Spruch des Staatsgerichtshofes

### Einstweilige Verfügung gegen Preußen abgelehnt.

Das Leipziger Urteil.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte verkündete am Mittwoch nachmittags als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes zu Leipzig in der Verfassungsstreitsache zwischen der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei und dem Lande Preußen folgende Entscheidung: „Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wird abgelehnt.“ Die Klage hatte sich gegen den Erlass des preussischen Staatsministeriums gewandt, durch welchen die Beamten vor Unterzeichnung des Volksbegehrens gewarnt wurden. Es wurde eine einstweilige Verfügung gegen diesen Erlass verlangt, auch des Inhalts, daß die Staatsregierung weitere Kundgebungen dieser Art zu unterlassen die bisherigen Anweisungen aber zurückzuführen hätte.

Bei Beginn der Verhandlung hatten die Vertreter des Landes Preußen wie der klägerischen Partei das Recht ihrer beiderseitigen Auftraggeber darzulegen versucht. Es lag auch ein Antrag vor, den Reichsgerichtspräsidenten als Vorsitzenden zu wählen. Das Staatsgerichtshof beschloß jedoch, den Anstoß des Reichsausschusses für das Volksbegehren zurückzuweisen, da er keine preussische Landesbehörde sei und deshalb einer Verfassungsfrage innerhalb des Landes Preußen nicht als Partei beitreten könne. Einen preussischen Regierungsantrag auf Verlegung der Angelegenheit wies der Staatsgerichtshof ebenfalls ab.

Im weiteren Verlauf kamen die verschiedenen Auffassungen wiederholt zu ausführlicher Darlegung und es wurde beschlossen, der preussische Ministerpräsident Braun folge nähere Erklärungen über die Auslegung gewisser Stellen des an die preussischen Beamten gerichteten Wortungsauftrages geben.

### Aus der Begründung des Staatsgerichtshofes.

Für den abweisenden Bescheid gegenüber dem Verlangen der preussischen Deutschnationalen Landtagsfraktion, eine einstweilige Verfügung über das Volksbegehren gegen die preussische Regierung zu erlassen, sühre der Vorliegende des Staatsgerichtshofes in der Begründung u. a. folgendes aus:

„Der Staatsgerichtshof habe bisher nur zwei ähnliche Fälle entschieden: der eine in einem Streit zwischen zwei Ländern, die andere in einem Streit zwischen dem Reich und mehreren Ländern. Es könne dahingestellt bleiben, ob Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes überhaupt Raum für eine einstweilige Verfügung des Staatsgerichtshofes bieten. Im vorliegenden Falle sei der Erlass einer Verfügung total ausgeschlossen, weil ihre Ver-

schärfung auf die Verlegung eines einseitigen Zustandes unmöglich sei. Sie würde zugleich eine Entscheidung über die Sachfrage enthalten. Die Frage der Verlegung der preussischen Beamten, ohne Rücksicht auf ihre Beamtensstellung, liege in der Sphäre für das Volksbegehren einzuschicken und später an der Volksabstimmung teilzunehmen, sei auch gerade Gegenstand des Hauptklageantrages und bilde den Streitpunkt der Parteien. Es würde also schon im voraus der sachliche Streit entschieden werden. Das könne nicht geschehen. Deshalb erweise es sich als unmöglich, die beantragte einstweilige Verfügung zu erlassen.“

### Erklärungen Brauns.

Zu Beginn der Mittwochverhandlung gab der preussische Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Vadi, im Namen des preussischen Ministerpräsidenten eine Erklärung ab.

Der Ministerpräsident sei der Auffassung, eine authentische Interpretation seiner im Preussischen Landtag abgegebenen Regierungserklärung erscheine nicht nötig, da es sich jetzt nur um die einstweilige Verfügung handeln könne. Die deutschnationale Landtagsfraktion hätte bei den mehrjährigen Debatten im Landtag Zeit genug gehabt, bezügliche Auffassungen zu verlangen. Diese Verlangen wäre zweifellos beantwortet worden. Wenn die Klägerin es vorgezogen hätte, den Antrag über den Staatsgerichtshof zu stellen, um den Ministerpräsidenten innerhalb dieses Verfahrens zu irgendwelchen Verabredungen zu zwingen, so lege der Ministerpräsident seinen Antrag, auf diesem Wege zu folgen. Wenn der Staatsgerichtshof für eine demnachstige Entscheidung in der Hauptsache die Verantwortung einer Frage für zweckmäßig halte, so erwarte der Ministerpräsident die Vorlegung einer bestimmt formulierten schriftlichen Frage. Er werde dann dafür Sorge tragen, daß bis zum Termin schriftliche Beantwortung erfolgt.

Der Vertreter der preussischen Regierung, Dr. Vadi, brachte nunmehr eine Reihe von Gründen gegen den Erlass einer einstweiligen Verfügung vor. Die preussische Regierung sei zu ihrem Vorgehen berechtigt gewesen, da § 4 des Volksbegehrens nur den Zweck einer Brandmarke der jetzigen Minister verfolgte.

Reichsanwalt Dr. Seelmann, der Vertreter der Klägerin, bestritt das und behauptete, daß § 4 fast ausschließlich nur für die Zukunft bestimmt. Da das Volksbegehren zu erlassen sei, müßten auch die Beamten das Recht haben, sich daran innerhalb der Grenzen der Disziplinargeseetze zu betheiligen.

Nachdem die verschiedenen anwesenden Vertreter der preussischen Regierung nochmals ihre abweisenden Meinungen vorgetragen hatten, wurde die Verhandlung geschlossen und der Staatsgerichtshof zog sich zur Beschlusfassung zurück.

### Thüringens Regierung zurückgetreten.

Landtagsneuwahl im Dezember.

Nachdem der Abgeordnete Krüger namens der demokratischen Abgeordneten den Austritt aus der übergreifenden Regierungskoalition erklärt hatte, legten die dem Landtag und der Reichstagspartei angehörenden drei Staatsräte Madeloch, Port und Krause ihre Ämter im Kabinett ebenfalls nieder. Daraufhin erklärten die übrigen Mitglieder des Kabinetts ebenfalls ihren Austritt.

Die Landtagsauflösung dürfe infolge des Regierungskurses unmittelbar bevorstehen. Als Termin für die Landtagsneuwahlen werden der 1. und der 15. Dezember genannt. Die Krise entstand durch die vom Landtag und der Reichstagspartei gestellten Anträge, zum Young-Plan im Landtag Stellung zu nehmen. Das betrachteten die Demokratien als Verstoß gegen die von ihnen mitgetragene Koalition und führten durch ihren Widerspruch den Regierungsrücktritt herbei.

### Die deutsch-französischen Saarverhandlungen.

Bevorstehender Beginn.

Wie der Pariser „Temps“ berichtet, hat Ministerpräsident Briand dem deutschen Vorkocher von Hoeft erklärt, daß die französische Delegation bereit sein würde, mit der deutschen Delegation für die Saarverhandlungen zusammenzutreffen und die Bedingungen bekanntzugeben, die die französische Regierung für die vorzeitige Regelung des Saarproblems stellt.

### Kleine Zeitung für eilige Leser

\* Der Staatsgerichtshof in Leipzig wies den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die preussische Regierung bezüglich ihres Auftrages an die Beamten betr. das Volksbegehren ab.

\* Infolge der ausgebrochenen Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung des Young-Planes in den thüringischen Staatsfraktionen ist die Regierung Thüringens zurückgetreten.

\* Der Preussische Landtag lehnte das von den Deutschnationalen gegen die preussische Staatsregierung beantragte Mißtrauensvotum und die damit verbundenen Anträge betr. Young-Plan ab.

\* Die Arbeitslosigkeit ist in der letzten Berichtswoche allmählich und fast gleichmäßig weiter gesunken.

\* Große Arbeitermassen gerähten in Berlin fast das gesamte Straßenbahnmateriale, so daß der Belagerungszustand über die Stadt verhängt wurde.

### Pfalzräumung geht ungehindert weiter.

Unzureichende Gerichte.

Die verbreitete Nachricht, wonach das französische Oberkommando auf Veranlassung des Kriegsministeriums die Abmarschbefehle für die aus der Pfalz wegzuziehenden Truppen zurückgenommen habe, daß im Gegenteil für die bereits wegezogenen Truppen neue Befehlsformationen in die Pfalz gelenkt werden sollten und daß wiederum zum Stillstand gekommen sei, ist in allen Teilen unzutreffend.

Das französische Oberkommando hat keinerlei Maßnahmen ergriffen, sondern die von vornherein beabsichtigten Maßnahmen werden erbumessentlich und wie vorgebeht durchgeführt. Zwei Gruppen Artillerie, etwa 600 Mann, sind bereits aus Lachen-Speyerdorf nach Frankfurt abtransportiert worden. Nachdem die jetzt zur Entlastung kommenden alten Mannschaften nach Frankfurt zurückgeführt sind, wird von den acht französischen Divisionsregimenten in der dritten Zone je eine Abteilung (Gruppe) nach Frankfurt zurückgezogen, nimmt dort seine Kräfte auf und verbleibt in Frankfurt. Hierdurch tritt also eine Verminderung der Truppenstärke um acht Bataillone ein. Schließlich wird ein Pionierbataillon aus Speyer nach Frankfurt zurückgezogen.

### Das Kabinett Briand gestürzt.

Wegen seiner Außenpolitik.

In der ersten Sitzung der französischen Kammer stellte Ministerpräsident Briand, wie aus Paris gemeldet wird, die Vertrauensfrage über die Bewandlung der auswärtigen Politik. Die Kammer verwarf die Regierung mit 275 gegen 277 Stimmen das Vertrauen. Die Regierung dürfte somit gezwungen sein, zurückzutreten.

### Die italienisch-belgische Verlobung.

Die Feiertage.

Der italienische Kronprinz Umberto trifft Mittwoch in Brüssel ein. Er wird am Bahnhof vom König von Belgien, dem Herzog von Brabant und dem Grafen von Flandern begrüßt werden. Nach dem Empfang begibt sich der Prinz mit seiner Begleitung in das Schloß Laeken, wo ein Familienfest stattfinden wird. Am Abend findet ein weiteres Familienfest im gleichen Schloß statt. Am Donnerstag den 24. wird die Verlobung des Prinzen Umberto mit der Prinzessin Marie José offiziell bekanntgegeben. Am Abend gibt der König von Belgien ein großes Galadinner mit nachfolgendem großen Empfang, zu dem sämtliche Würdenträger des Belgischen Staates sowie das diplomatische Korps eingeladen sind.

### China beschlagnahmt die Ostbank.

Nach russischen Mitteilungen.

Einer russischen Meldung aus Cherebin zufolge haben die chinesischen Behörden gewaltsam von den Geldern, den Aktien und sonstigem Eigentum der Liquidationskommission für die Bank des Fernen Ostens Besitz ergriffen. Sämtliche Angestellten wurden ihres Dienstes enthoben. Über den Vorfall gegen die Kommission wurde Zimmereroff verhandelt. Zur Erledigung der Angelegenheiten der Bank wurde eine chinesische Kommission ernannt und die Chineser wurden aufgefordert, Zahlungen lediglich an diese Kommission zu entrichten. Die chinesischen Behörden weigern sich, über die Verfestigung ein Protokoll aufzunehmen.

### Reichsminister Schädel gegen das Volksbegehren.

Rede durch Rundfunk.

Reichsminister Schädel hielt am Dienstag abend im Reichs-Rundfunk eine Rede über das Volksbegehren. Er bekräftigte die Einzelheiten und die verschiedenen Paragrafen des verlangten Gesetzes und sagte zusammenfassend, daß der Young-Plan in finanzieller Hinsicht dem deutschen Volk unverdenklich gegenüber dem Dawes-Plan eine fühlbare Minderung der Zinsen bringe. Aber jede Tributbelastung ablehne, der öfne nicht etwa dem deutschen Volk die Tore der Freiheit, sondern er rufe nur die früheren Gewaltmaßnahmen, Sanktionen und Strafen der Verfassungsmacht wieder auf den Plan. Er treibe Katastrophepolitik.

### Württemberg und der Young-Plan.

Erklärung im Landtag.

Der Württembergische Landtag nahm Dienstag nach mehr als dreimonatiger Pause seine Beratungen wieder auf. Zu einer sozialdemokratischen Anfrage, betreffend die Stellung der württembergischen Regierung zum Young-Plan, erklärte Staatspräsident Dr. Voss, daß die Regierung zu dieser Frage noch nicht Stellung nehmen könne, da eine Vorlage der Reichsregierung noch nicht vorliege. Sobald diese Vorlage da sei, werde die Regierung im Landtag ihre Stellungnahme mitteilen. Die sozialdemokratischen Anträge auf Besprechung der Angelegenheit wurden abgelehnt.

## Belagerungszustand in Peking.

Die gesamte Straßenbahn zerstört. In Peking ist zu der allgemeinen scharf gespannten politischen Lage in China ein neues Moment getreten, geeignet, die Dinge noch mehr zu verwirren. Viele Tausende von Arbeitern, sogenannte Militärs, also Leute, welche die dort üblichen Rüstungs- und Beförderungsmittel für einzelne Personen stellen, haben an verschiedenen Stellen der Stadt die Straßenbahn angegriffen und das Material in verbeherender Weise zerstört. Die Fahrzeuge wurden aus den Straßenbahnwagen herausgeholt und die Wagen demoliert. Die Polizei blieb dem Andrang gegenüber fast machtlos und es mußte Militär herbeigeholt werden, mit dem es zu bestigen Zusammenstößen kam.

Die Militärs, die sich in gedrückter sozialer Position befinden, betrachten die Straßenbahn als das Mittel, durch das ihre Existenz gefährdet wird. Sie verüben auch die Verwaltungsgedäude der Straßenbahngesellschaft zu stürmen. Infolge der Unruhen schlossen sämtliche Geschäfte in Peking und der Wirtschaftsleben ist gestört. Zur Sicherheit wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bevölkerung aus fremdenfeindlichen Motiven antwortend, da die Arbeitermassen die Medaillenprägung als eine von den Fremden nach China gebrachte gefährliche Einrichtung ansehen.

## Der Preussische Landtag zu den deutschnationalen Anträgen.

(103. Sitzung.)

u. Berlin, 23. Oktober.

Die Sitzung des Preussischen Landtages brachte zunächst die Abstimmungen über die deutschnationalen Anträge zum Young Plan, zur Stellung der Beamten zum Volksgesetz, zum Tabakdeliververbot, auf Unterstützung des Überbürgermeisters Hof und über den Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium.

Vor der Abstimmung gab Abg. Kaiser (Komm.) eine Erklärung ab, wonach sich die kommunistische Fraktion bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium der Stimme enthalten werde.

Abg. Bork (Lin.) zog den Antrag auf sofortige Niederlegung des Berliner Überbürgermeisters Hof aus Amerika zurück, da der Überbürgermeister sich bereits am Donnerstag nach Europa einschiffte.

Der deutschnationalen Antrag, der das Staatsministerium ersucht, im Reichsrat gegen den Young Plan zu stimmen, wurde in einfacher Abstimmung mit großer Mehrheit gegen die Antragsteller, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei und Deutsche Fraktion abgelehnt.

Der weitere Antrag, wonach die Beamten berechtigt sein sollten, sich

für das Volksbegehren

einzutragen, verfiel mit 21 Stimmen der Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei gegen 180 Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten, der Kommunisten, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Fraktion der Volksw. u. a. Darauf fand gegen Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Wirtschaftspartei sowie Deutsche Fraktion der erste Teil des Mißtrauensantrages

Abschluß der die föderale Aufhebung der Auflösung des Reiches, der zweite Antrag, der eine Verhängung der Eintragungssfrist für das Volksbegehren, infolge der öffentlichen ungesetzlichen Störungen, verhängt, wurde gegen Deutschnationalen abgelehnt.

Hierauf wurde das deutschnationale

Mißtrauensvotum gegen das Staatsministerium wegen des Stahlschmelzverbotes in namentlicher Abstimmung mit 218 Stimmen der Regierungsparteien gegen 114 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Fraktion, der Wirtschaftspartei und der Nationalsozialisten abgelehnt.

Die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten beteiligten sich an der Abstimmung nicht.

Das Haus beschäftigte sich dann mit den

Kotterordnungen zur Gewerbesteuer.

Abg. Dr. Neumann (D. Vp.) lehnte die Genehmigung der Verordnung ab. Die Handhabung des Verordnungsrechts durch die Regierung sei mit dem Geist der Verfassung nicht zu vereinbaren.

## „Graf Zeppelin“ fliegt nach Spanien

Eine Dornier-Gesellschaft hat den Vereinigten Staaten. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Mittwoch früh um 6.49 Uhr mit 18 Passagieren an Bord zur Fahrt nach Nordspanien aufgestiegen. Unter den 16 Fahrgästen befinden sich der spanische Botschafter in Berlin, Fernando Espinosa de los Monteros, und der argentinische Konsul in München, Brenner. Nach jäh verlaufenem Start und einer Schleiße über die Stadt Friedrichshafen nahm das Luftschiff, das sich schon in großer Höhe befand, Kurs nach Westen.

Die ersten Rundsprüche von Bord des Luftschiffes kamen aus Frankfurt und meldeten einen glänzenden Verlauf des Fluges. Wenn keine Zwischenfälle eintreten, dürfte „Graf Zeppelin“ Donnerstag zwischen 17 und 18 Uhr wieder in Friedrichshafen eintriften.

Dr. Dornier über den Weltflugbericht.

Dr. Dornier erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter einer Münchener Zeitung, er glaube bestimmt, daß man vor einen neuen Zeitalter des Verkehrs sehe. Der Weltflugbericht werde kommen. Die Überquerung des Ozeans mit fernem neuen Flugesung glaube er in absehbarer Zeit ausführen zu können. Er denke hierbei keineswegs an eine einmalige Rekordleistung, sondern an einen regelmäßigen Ozeanverkehr. Der Start des Dornier zu einer Ozeanüberquerung würde vom Meere aus erfolgen, weil dadurch eine Vernehmung der Anflüge möglich sei. Infolge der schwierigen finanziellen Lage Deutschlands werde er wohl einige Lizenzen an das Ausland verkaufen müssen. Ergeben keine die Forderung im Luftverkehr für Deutschland geändert zu sein.

Inzwischen ist in Amerika eine „Dornier Corporation“ gegründet worden. Die Aufgabe der Gesellschaft, die in Delaware eingetragen wurde, ist die Herstellung von Flugbooten des Dornier-Typs, besonders des zweimotorigen Typs. Gleichzeitig wurde von der Newporter Bank für einen Luft-Zeppelin-Transportgesellschaft für einen Luftschiffdienst Kalifornien-Dawai gegründet.

## Ein Amerikaner fliegt heimlich nach Europa.

Ohne irgendetwas von seinen Absichten etwas verraten zu haben, ist von Harborage (Neujundland) ein Mann namens P. L. E. man aus Billings (Montana) zu einem transozeanischen Flug mit dem Ziel London aufgeflogen. Die man, der von Beruf Viehzüchter ist, kam erst seit vier oder fünf Tagen fliegen. Sein Flugzeug führt den Namen „Goldene Hind“ oder „Goldene Stier“. Es ist ein kleiner, offener Ganzmetallflieger mit einem Leergewicht von 740 englischen Pfund und einem Motor von 110 Pferdekraften. Das Flugzeug hat eine Spannweite von etwa zehn Metern und kann eine Stundenleistung von nur 150 Kilometern entwickeln. Die von dem Flieger mitgeführte Brennstoffmenge reicht für 27 Stunden. Der Abflug des unternehmungslustigen Mannes wurde erst bekannt, als die Flugbeobachter in Harborage ein Schreiben erhielten, in dem die man ihm mitteilte, daß er über Kap St. Francis direkt auf England zusehnen werde.

Vorbereitungen für den Nordpolflug des „Graf Zeppelin“.

Das Kriegsamt der Vereinigten Staaten hat in der Voraussicht, daß der „Graf Zeppelin“ im nächsten Jahre den Flug in das arktische Gebiet antreten wird, die Flugbeobachter für Alaska angewiesen, dem Luftschiff jede mögliche Hilfe zu leisten. Es wird angenommen, daß der „Graf Zeppelin“ in Fairbanks (Alaska) Brennstoff einnehmen wird.

## Neuer Rekord der „Bremen“.

Der Dampfer „Bremen“ brauchte für seine diesmalige Reise von Bremen nach New York vier Tage, sieben Stunden und vierundzwanzig Minuten. Diese Leistung stellt einen neuen Rekord des Schiffes auf. Der Kapitän W. J. G. hat die Zeit dafür genommen, da endgültige Resultate nicht vorliegen; er habe daher, die Beratung dieser Interpellationen zu vertragen. Jeglicher Widerspruch, namentlich von rechts und aus der Mitte der Kammer, schließlich auch bei den Sozialisten, wurde sofort zurückgewiesen und die Interpellationen wurden angenommen. Das war die Niederlage, die die Krise ist; da; denn nach kurzer Beratung mit seinen Ministerkollegen geht Briand zum Staatspräsidenten

## Briands Sturz.

Erst einmal den äußeren Vorgang, wie er sich in der französischen Deputiertenkammer abspielte. Auf die Frage, wann die Regierung die zahlreichen Interpellationen über die Außenpolitik, vor allem die Haager Konferenz, die Rheinlandräumung, den Young-Plan, usw., in Erwägung wolle, erklärte Briand, es sei jetzt noch nicht die Zeit dafür gekommen, da endgültige Resultate nicht vorliegen; er habe daher, die Beratung dieser Interpellationen zu vertragen. Jeglicher Widerspruch, namentlich von rechts und aus der Mitte der Kammer, schließlich auch bei den Sozialisten, wurde sofort zurückgewiesen und die Interpellationen wurden angenommen. Das war die Niederlage, die die Krise ist; da; denn nach kurzer Beratung mit seinen Ministerkollegen geht Briand zum Staatspräsidenten

Gesamtsitzung, die angenommen wird. Als Parallele: im deutschen Reichstag ist eine Verhandlung über alle die mit der Haager Konferenz zusammenhängenden Dinge auf Wunsch der Reichsregierung abgelehnt worden.

Ein Ministerkrisis ist in Frankreich wieder nichts Ungewöhnliches; diesmal kam er aber noch ziemlich überraschend. Und die Gründe? Auch wohl man sich die Mehrheit an, von der jetzt die Krise herbeigeführt wurde, so sind die „Rechtsstabilen“ (Gruppe Marin) dabei, aber auch die Sozialisten unter Leon Blum. Dazu noch ein großer Teil der „Radikalen“, die etwa unserer politischen Mitte entsprechen und, soweit sie der Regierung Briand von Anfang an nicht ablehnend gegenüberstanden — sie veranlassen ihn bei der Bildung des Kabinetts durch Zustimmung das Vertrauen — als Führer dem Abg. Deladier beigetreten, während die härteste Gruppe in der Kammer darstellten. Aber auch aus allen anderen Parteien haben größere oder kleinere Teile der Abgeordneten am Sturz Briands mitgewirkt. Für jede französische Regierung ist es schwer, in der Kammer über eine Mehrheit zu verfügen. Erheben gibt es dort sehr viele Parteien und Parteien sind die Grenzen zwischen ihnen überaus unbestimmt, haben zahlreiche Mitglieder oft die Parteien gewechselt, was in Deutschland ja fast als Verbrechen gilt. Man sieht in Paris auch nicht — wie in Deutschland — auf dem Boden irgendeiner politischen „Weltanschauung“, sondern hat ein politisches Programm praktischer Art und vor allem — einen Führer, um den sich die Gruppe schart. Solch ein parlamentarischer Führer hat aber auch Deladier. Er „will auch mal ran“. Und darum ist der jeweilige Ministerpräsident genötigt, in wichtigeren Fragen sich, durch Nachgiebigkeit hier, durch Energie dort, erst eine Mehrheit zu schaffen. Manchmal mißlingt es. Auch, wie jetzt, einem Mann von nicht nur großen parlamentarischen Geschick, sondern auch von ungewöhnlich hohem persönlichen Ansehen, wie Briand es besitzt.

Dadurch wird für den Außenstehenden die ganze Sache recht kompliziert. Wird es diesmal aber ganz besonders, weil die Mehrheit, von der Briand gestützt wurde, aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt, von ebenso verschiedenen Gründen beeinflusst ist. Von der Rechten bis tief hinein in die Mitte: Ministern gegen die Politik Briands gegenüber der Deutschen. Auf der Linken: die oppositionelle Tendenz zum Sturz eines Ministers, die mit einem Fuß auf der Rechten stand. Und im übrigen: eine Menge ungeschickten Regierungsbetriebes. „Ote-toi, que je m'y mette“, lautet ja ein französisches Sprichwort; „stehe ab, damit ich mich hineinsetze“. Auf den Ministerpräsidenten nämlich. Do sich Briand wieder darauf setzen will, ist durchaus möglich, wenn er auch zurzeit behauptet, die Note gründlich zu haben. Vielleicht macht Tardieu das Rennen, was — eine leichte Rechtswendung bedeuten würde. Oder — als Führer der größten Oppositionspartei — Deladier, dem Briand das Amt anbietet. Das wäre eine leichte Linkswendung. Aber viel anders wird auf alle Fälle die

französische Politik auch dann nicht werden, wenn er nur nach links oder mehr nach rechts eingestricheltes Radient kommt.

Eine übrigens nicht unerhebliche Frage: Ist Briand gestürzt, weil die Beziehungen zu England so fühlbar geworden sind? Das mag möglicherweise im Hintergrund stehen.

## Politische Rundschau Deutsches Reich

Das neue Hebräischgesetz.

Die ständige Zeitung veröffentlicht den vom Reichsminister veröffentlichten Entwurf des Gesetzes zum Ausbau der Republik mit den an der ersten Sitzung vorgenommenen Änderungen. Danach ist überall da, wo von Verbrechen gegen Personen wegen ihrer Stellung im politischen Leben die Rede ist, die Formel dahin erweitert, daß es nun heißt: „Wegen ihrer beruflichen oder amtlichen Stellung im politischen Leben“. Weiter ist der § 5 gestrichelt, der bei Verurteilung wegen Hochverrats die Anweisung eines Zwangsaufenthalts vorsah.

Die Finanzierung des Landarbeiterswohnbaues.

Amlich wird mitgeteilt: In letzter Zeit ist wiederholt in der Öffentlichkeit erörtert worden, wie die Schwierigkeiten der Finanzierung des Landarbeiterswohnbaues beseitigt werden könnten. Es ist nunmehr ein Weg gefunden worden, diese Schwierigkeiten zu beheben und damit die Besorgung in den Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiter zu beistehen.

Die schwierigen deutsch-finnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Wie aus Helsinki's Telegramm gemeldet wird, sind die finnischen Vertreter bei den deutsch-finnischen Handelsvertragsverhandlungen aus Deutschland zurückgekehrt. Sie haben der Presse über die Schwierigkeiten der Verhandlungen Mitteilungen gemacht. Deutscherseits wurde über landwirtschaftlichen noch auf industriellen Gebiet Entschädigungen gewährt. Das Ergebnis der Verhandlungen sei daher sehr zufriedenstellend. Es ist nunmehr ein Weg gefunden worden, diese Schwierigkeiten zu beheben und damit die Besorgung in den Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiter zu beistehen.

## Russland.

Am die Nachfolge Tschitcherins.

Die Sowjetregierung veröffentlicht über den Gesundheitszustand des in Deutschland weilenden Außenminister Tschitcherins einen Bericht. Danach leidet Tschitcherins seit 1925 an Zuckerkrankheit. Tschitcherins weiß vorläufig in Wiesbaden, um noch eine klar durchgeführte Wiederherstellung sein zu sein. Man ist der Ansicht, daß die Regierung der Sowjetunion dem Kandidat Tschitcherins zustimmen werde. Über seinen Nachfolger ist bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen worden. Genannt wird Michow.

## Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichspräsident empfing den Vorsitzenden des Deutschen Bundes in Schwedisch, Albert Schuller, und den Reichspräsidenten, Albert Schuller, der in Schweden verbleibenden Deutschen, wobei hat seinerzeit im Auftrag der deutschen Regierung die ersten Karakulshäute in Schwedisch eingeleitet.

Konstantin. Nach dem beim Präsidenten Calonder von deutscher und von holländischer Seite unterzeichneten Protokoll über die Zulassung von deutschen Versicherungsagenturen in Niederlande werden von 104 Versicherungsagenturen nun zugelassen.

Brüssel. Der belgische Sachverständige bei den Pariser Arbeitsbeschäftigungskonventionen, Guy, ist die Stelle des verstorbenen belgischen Vertreters bei den Baden-Badener Verhandlungen, Delacroix, getreten.

London. Der König hat die Ernennung des Generals Sir Philip Chetwode zum englischen Oberbefehlshaber in Indien als Nachfolger des Feldmarschalls Sir William Birdwood genehmigt.

Warschau. In Bromberg ist gegen den Beamten beim Bromberger deutschen Zebrunbau, den Danziger Bürger Grotzer von Blücher, Selbstschuß erfolgt worden. Die schon früher verurteilten, Schmitz Dr. Seibel, Dr. Burdack und Biele, werden weiter in Haft gehalten.

Moskau. Das erste Probetelephongespräch zwischen Berlin und Leningrad ist durchgeführt worden. Der russische Botschafter in Berlin, Arestinski, führte ein Gespräch mit dem deutschen Generalkonsul Zschin. Nach den Mitteilungen des russischen Telephonamtes war die Verbindung sehr gut.

Santiago. Auf den Präsidenten der Chileanische Republik, General Ibanez wurden, als er sich im Automobil in seine Wohnung begab, drei Revolverkugeln abgebeugt, die ihr Ziel verfehlten. Der Täter, ein 33jähriger Anarchist namens Luis Ramirez, wurde festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert.

## Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit.

170 000 Arbeitslose mehr als im Vorjahr.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 14. bis 19. Oktober stieg die Arbeitslosigkeit in der Reichswoche allmählich und fast gleichmäßig weiter an. Das Tempo hat sich gegenüber der Vorwoche nicht beschränkt. Der höchste Zugang der Arbeitslosen fand aus dem Baugewerbe und den Textilbetrieben der Industrie der Steine und Erden; doch fehlte es auch nicht an Beiräten, wo der Markt der Außenberufe trotz der vorgedruckten Jahreszeit eine bemerkenswerte Festigkeit aufwies. Ferner gab die Metallindustrie in beträchtlichem Umfang Kräfte frei. Eine gewisse Stütze erhielt der Arbeitsmarkt durch die saisonbedingte Aufnahmefähigkeit der Konsumgüterherstellung, Zinn- und Blechgewerbe, Aluindustrie und Lederindustrie, Konfektion und Schuhindustrie erlitten jedoch den Markt.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der vericherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung (bekanntlich nicht die Gesamtzahl der Arbeitslosen) ist auf 790 000 gestiegen; das sind 170 000 mehr als am gleichen Stichtag des Vorjahres und 460 000 mehr als zur gleichen Zeit des Jahres 1927.

# Die Edison-Feier in Amerika.

Hindenburg gratuliert.

Der Edison-Gedenktag (die fünfzigste Wiederkehr des Tages an dem Edison zum erstenmal seine elektrische Glühlampe vorführte) ist in ganz Amerika festlich begangen worden. Zur Feie nach Dear Corn in Michigan, wo die Hauptfeier stattfand, hatten Edison, sein Freund Ford, Owen Young, der Vater des Young-Planes, der jüngere Rockefeller und viele andere Persönlichkeiten von Auf einen alterntümlichen Eisenbahnzug.

Edison beteiligte sich sehr lebhaft an allen Veranstaltung. Er verkaufte er mit der Jugend Frische, Nüsse und Feigen an die Gäste; die Einmaligen dienen wohlthätigen Zwecken. Am Abend wiederholte Edison, nachdem ringsum alles ausgelöscht worden war, vor der Festversammlung mit seinen alten Mitarbeitern sein erstes Experiment mit der Glühlampe. Das Aufblühen der Lampe wurde von den Versammelten mit höchstbeifollem Beifall angesehen. Der Edison in Göttinger feierte Edison in einer humorvollen Rede, in der er an die Zeit der Retrolumbelesung erinnerte.

Bei dem Festschluß, das sich angeschlossen, verlas Owen Young die Glückwunschtelegramme, die eingetroffen waren. Minutenlang Beifall löste das Telegramm des Reichspräsidenten von Hindenburg aus. Hindenburg übermittelte dem gleichfalls großen Gründer die herzlichsten Glückwünsche, und ganz Amerika durfte die Verehrung dieses Telegrams mit anhören. Unter den Gratulanten befand sich auch der Prinz von Wales.

## Schmutzige Wäsche.

Nach Kommen um große Summen geschädigt.

Die Ermittlungen gegen Dr. Aron, von dem noch immer keine Spur fehlt, haben ergeben, daß der Zusammenbruch des verfallenen Amantus insgesamt acht Millionen in Mittelbehaftung zieht.

Er hat sich nämlich neben seiner Tätigkeit als Strafverteidiger und Notar mit der

### Bombardierung von Gemeindeforderungen

und Verfassung von kommunalen Krediten beschäftigt. Den Anlaß zur Nicht- die Behörden glauben keinesfalls mehr an den in den Abschiedsbriefen angefügten Teilnahmen — hat die Aufgabe ergeben, daß Dr. Aron die Obligationen jeht hätte zurückgeben müssen, für die er der Stadt Waldenburg einen Kredit von einer Million Mark gegeben und die er einlösend

insgesamt wieder veräußert

hatte. Dr. Aron hat übrigens vor seiner angeblichen Reise nach Breslau erklärt, daß er nach Waldenburg fahren wolle, um dort wegen der Obligationen zu verhandeln. Wie erwähnt, ist Dr. Aron aber offenbar ins Ausland geflohen. Unter den Geschädigten befindet sich auch die Stadt Dresden. Außer den Millionen sind noch vier Privatgläubiger unter den in Mittelbehaftung gezogenen Klienten. Bei seinen Lombardgeschäften pflegte er einen Ausländer als Geldgeber vorzuziehen. Man hatte übrigens schon fast längerer Zeit Verdacht gegen Dr. Aron. Ein Rechtsanwalt in der Stadt Waldenburg hatte bereits angedeutet, den Verdacht von einem Detektiv überbrachen zu lassen. Mit Rücksicht auf die hohen Kosten war davon Abstand genommen worden.

## Die Kette der Skandale.

Was Dr. Aron auf den Weg nahm.

Die weitere Untersuchung der Verurteilungen des Berliner Notars Aron hat ergeben, daß die Verurteilungen, die er von den Gemeinden als Deckung für die von ihm gegebenen Kredite erhalten und die er weiterombardiert hat, nur in dem Fall der Stadt Waldenburg verurteilt worden sind. Diese Papiere hat Dr. Aron auf einander an verschiedene Stellen verkauft, so daß der Stadt ein Verlust von 600.000—800.000 Mark erwachsen wird. In den anderen Fällen befinden sich die durch mehrere Städte angekauften Obligationen bei einer Berliner Großbank. Der Stadt Dresden dürfte ein Verlust von 100.000—200.000 Mark erwachsen. Man nimmt an, daß Aron bereits über die Grenze entkommen ist.

Der in ganz Schlesien bekannte, mit großen Vermögensverwaltungen betraute Konkursverwalter J. Cohn in Breslau ist mit seiner Familie verschwunden. Da sichere Angaben darüber vorliegen, daß Cohn Unterhaltungen in großer Menge begangen hat, hat die Staatsanwaltschaft gegen ihn einen Haftbefehl erlassen.

In der Rekrutingsangelegenheit Wiirt waren das Präsidium der Stadt Breslau davon, voreilig anzunehmen, daß alle Beamten und Angestellten, die an Wiirt Privat-aufträge gegeben haben, sich etwa strafbar gemacht hätten.

Staatsrath lassen das Trinken nicht.

Trotzdem die Staatsrath Zellen erhalten hatten, die als besonders sicher galten und von erprobten Beamten bewacht wurden, wurde neuerdings festgestellt, daß sie sich im Besitz von Schnal, Wein und gewisfen Medikamenten befinden. Die Schließer sollen beobachtet werden, daß einer der Verurteilten, und zwar Rechtsanwalt Robert Yunge, in der Kellerei die seine Mandanten diese Dinge in die Zellen gebracht habe. Die Staatsanwaltschaft hat entsprechende strenge Maßnahmen getroffen. Wenn die Angaben der Gefängnisbeamten zutreffen sollten, würde Rechtsanwalt Yunge sich nicht nur vor den Kriminalkammer, sondern auch vor den Justizbehörden zu verantworten haben. Dem Vernehmen nach hat Dr. Yunge die Möglichkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zugegeben.

## Nürnbergers Kampf gegen die gelben Fünfziger.

Ein rechtlich ansehbarer Beschluß.

Die gelben Fünfzigertennote ist bekanntlich vom 1. Dezember dieses Jahres ab außer Kurs gesetzt. In Nürnberg aber nimmt man sie hier und da schon jetzt nicht mehr an. Unter „hier und da“ ist die Nürnberger Strafenbahn zu verstehen. Die Nürnberger Strafenbahn behauptet nämlich, daß sie gelbe „Gelde“ im Umlauf seien, daß sie allein bis jetzt schon einen Schaden von fast 10.000 Mark erlitten habe — ausschließlich durch die falschen Fünfziger, die ihr überlegt worden seien.

Dies alles mag richtig sein, aber darum ist der Beschluß der Nürnberger Strafenbahn, alle gelben Fünfziger zu boykottieren, noch lange nicht richtig, da niemand das Recht hat, von sich aus eine frühere Münzfürscheidung der Geldstücke zu bestimmen. Der Nürnberg hat sich denn auch infolge der Sperrmaßnahme der Stadt eine große Erregung bemächtigt.

## Unterhaltungen bei einer Kreisparakasse

Sämtliche Angestellten entlassen.

Im Auftrage des Regierungspräsidenten in Nürnberg nahmen Beamte des Rheinisch-Westfälischen Sparfassenverbandes bei der Kreisparakasse des kreisfischen Wirtschafters in Betlehem (Westfalen) eine unermutete Revision vor. Hierbei stellte es sich heraus, daß bei der Kasse Veruntreinungen vorgekommen sind, deren genaue Höhe noch nicht feststeht. Jedoch gilt es jetzt schon als sicher, daß mindestens 40.000 Mark im Laufe der letzten Jahre unterschlagen worden sind. Weiter wurde durch einen Vertreter des Regierungspresidenten festgestellt, daß sämtliche Angestellten des Kreisparakasse mit Wäfen des Werdenden an den Veruntreinungen beteiligt sind. Aufolgedessen ist das gesamte Personal striflos entlassen worden. Der frühere Gegenbuchführer Krebs, der 10.000 Mark unterschlagen hat und seit einiger Zeit an der Landeshauptstadt in Münster beschäftigt war, sollte in Münster festgenommen werden. Er hat sich seiner Festnahme durch die Flucht entzogen. Was weiter bekannt wird, hat die Kasse umfangreiche

Kredite ohne Deckung bewilligt. Ein Grund zur Verurteilung liegt insofern nicht vor, als der Kreis die Wirtschaft übernommen hat, so daß die Später und Gläubiger nicht geschädigt werden.

## Nachklänge zum Duppeler Theaterstreit.

Verurteilung im Fall Zentner.

Das Schöffengericht in Duppeln verurteilte gegen den 22. Jahre alten Konitoristen Hans Rowohl. Rowohl soll bei der politischen Theateraufführung, der später die bekannten Zwischenfälle folgten, widerrechtlich in den Theateraal eingedrungen sein und Steinbomben geworfen haben. Der Anklage gab zu, ohne Einsicht in den Theateraal eingedrungen zu sein, will aber Steinbomben nicht geworfen haben. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 30 Mark wegen einfachen Hausfriedensbruchs.

Die Verteidigung hat nunmehr auch bezüglich des Angeklagten Zentner, der in dem letzten Duppeler Prozeß wegen der Zwischenfälle am Bahnhof zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, Berufung eingelegt.

### Dehner Produktverbräue.

Table with 6 columns: Cereals and Beans per 1000 Kilograms, total per 100 Kilograms in Reichsmark. Rows include: Weizen, mähr. pommerisch; Roggen, mähr.; Wintergerste; Sommergerste; Hafer, mähr. pommerisch, westerpreuss.; Weizenmehl; Gerste, mähr. hell; Gerste, westerpreuss.; Weizenmehl p. 100 kg fr.; Gerste, mähr. hell; Gerste, westerpreuss.;

## Locales und Provinziales.

Ein trauriger Zeitgenosse, dessen man in diesen Tagen nicht über wird, ist die heimatliche Lokalzeitung. Hat man im Sommer wenig Zeit gehabt, in sie hineinzuschauen, so macht sich ihr Vorhandensein jetzt im Herbst doppelt angenehm bemerkbar. Jedes Willig der Familie findet in der Zeitung irgendeine besondere Gabe, die es ippezial interessiert. Es ist auch besonders gemächlich abends, wenn es draußen regnet, im behaglich durchwärmten Zimmer um den Familienkreis herumzusitzen und in der Zeitung zu schmökern. Jeder möchte dem andern schnell etwas vorlesen, und der andere raunt: „Störe mich jetzt nicht!“ — denn er ist eventuell gerade beim Romanlesen oder bei der Lektüre der neuesten Ereignisze. Also, wer sich diese häusliche Gemütsruhe gleichfalls verschaffen will und bisher noch nicht Leser seines Lokaltblattes war, der gehe schleunigst hin und abonniere die „Annaburger Zeitung“.

Annaburg. Für das Volksbegehren haben sich bisher 46 Personen eingetragen.

Falkenberg (Bez. Halle). 15. Oktober. Es gibt doch noch ehrlide Wirtinnen, wie folgender Vorfall beweist: Der Herzberger Deiwärter des Gefährtenverbandes hatte im Gasthof Mühle Müschen mehrere hundert M. Lohngehälter von einem Woten des Gefährtenverbandes in Empfang genommen, die er für Räumungsarbeiten in seinem Bezirk auszahlen sollte. Was das so üblich ist, mußte das Wiedersehen mit dem Kollegen im Wirtshaus gefeiert werden, ehe man die Heimreise antat. Unterwegs merkte dann der Deiwärter plötzlich, daß ihm seine Briefkäse mit den gelamten Lohngehältern fehlte. Eine Anfrage in der Wirtshof blieb

ergebnislos, das Geld war verschwunden. Geheißer meldete sich nun bei dem Deiwärter ein Mann, der das Geld in der Nähe von Bohnsdorf gefunden hatte. Die Freude des Deiwärters kann man sich denken.

Eilenburg, 21. Okt. (Schäden in den Getreideländern.) In den Getreideländern des Kreises Delitzsch richtet zur Zeit die Larve des Getreideläufers großen Schaden an. Sie frist die jungen Triebe der Winterfaat ab und ist schwer zu fassen, weil sie sich beim Tage in die Erde verkrücht und nur nachts zum Fraß hervorkommt. Von der Larve befallene Teile pflüge man um.

Döberitz. Die alte Angewohnheit, beim Arbeiten Nadeln und Nägel in den Mund zu nehmen, hat dieser Tage zu schweren Folgen geführt. Ein Einwohnler, der sich die Schuhe ausbesserte, nahm dabei, wie üblich, einige dazu benötigte Nägel in den Mund. Als er plötzlich husten mußte verflochte er einige Nägel, die in den Wogenwänden haften blieben und nunmehr durch eine Operation entfernt werden müssen. — Auch Frauen haben oft die Angewohnheit, beim Nägeln in den Mund zu nehmen; die bösen, oben beschriebenen Folgen mögen ihnen in der Folge zur Warnung dienen.

Halle, 21. Oktober. (Vor der Weiße der Lutherischen.) Die neu erbaute Lutherkirche soll am 10. November, als dem Tage, an dem Luther geboren wurde, durch den General-Inspektoranten Schöller eingeweiht werden. Da vorausschlüssig nicht alle Strichgenfinder an diesem Tage in dem neuen Gotteshaus Platz finden können, will man auf dem Kirchplatz eine Großaufrichter aufstellen, der jedem die Möglichkeit gibt, dem Weihest zu folgen.

## Turnen, Spiel und Sport.

Die schwarze Eishandballmannschaft des M.T.V. v. 1881 Annaburg hat für den kommenden Sonntag die Mannschaft des Turnvereins Gochau hier zu einem Wettkampfspiel zu Gast. Die schwarze Elf wird ihr möglichst tun, um den Sieg für sich sicher zu stellen, um in der Tabelle den ersten Platz zu erreichen. Leider muß bei dem hiesigen wegen des erkrankten Tormannes eine Umstellung vorgenommen werden. Die Aufstellung der Mannschaft wird voraussichtlich folgende sein: Schneider — Kojoli — Martin — Zinius — Köforn R. — Waech — Jäger — Frevert — Viebold — Jöed. Das Spiel findet Nachmittags 2 Uhr auf dem Fußballplatz des F.C. A. statt. Da ein interessantes Spiel zu erwarten ist, werden die Interessierten für Handball hierauf hingewiesen.



## [Eingefandt].

Im vorigen Jahre erliefen der pädagogische Volkstheater der „Der Elternfreund“ zum ersten Male. Er fand großen Anklang und wurde weit über die Grenzen der Provinz Sachsen hinaus bekannt. Nur anerkennende Kritiken brachten viele Schul- und Lehrergelungen. So schrieit z. B. das Schulblatt für Braunschweig und Anhalt: „Dieser Kalender ist mehr als jeder andere geeignet, ein wertvolles Hausgeschick in jeder Familie zu werden.“ — In neuem Gewände kommt „Der Elternfreund“ zum zweiten Male heraus. Er ist reicher ausgestattet als im Vorjahre, bringt viel Schönes und Wertvolles und will das sein, was kein Tischblatt sein; ein guter Begleiter, ein treuer Berater, ein lieber Ergrübler. Vier farbige Kunstbrude sind beigelegt. Hauptwert ist wieder darauf gelegt, im Elternhaufe, auch im einsachen, jedes Verhältniss für Erziehungsarbeit zu werden und die Eltern fähig und bereit zu machen, die Arbeit in der Schule wirksam zu unterstützen. — Wir hoffen, daß auch in diesem Jahre die Kalenderbestellungen recht zahlreich eingehen. Das Lehrer-Kollegium.

## Kino-Schau.

Vielspielhaus (Neue Welt) bietet mit seinem die wichtigsten Spielplan ein Programm, wie es kaum überboten werden kann. Der große Hegeval-Zubühmsfilm „Der Leutnant Yger“ macht den die genannte Firma anlässlich ihres 10. Jahrs. Nebenbei mit ganz besonderer Sorgfalt hergestellt hat, wird auch hier in Annaburg dem kochenden Publikum ein unaußersichliches Erlebnis bleiben. ... ich kämpfe für Dich und wenn es ums Leben geht, denn ich bin der Leutnant Yger's Majestät. Ein Film zarter Momente, ein Liebespiel inmitten heischer Ränke und Intrigen — ein süßes Spiel von heimlichen Wänschen, bezaubernden Rüssen und leichten Fügungen. — Auf das morgen Freitag ab 8 Uhr zur Verfassungführung konzertierende gelamte Nohl'sche Orchester sei auch an dieser Stelle nochmals hingewiesen. Der Film selbst wird durch das beliebte Konzertrio unter der benädhigten Leitung des Herrn Deutz Hof zu eine ganz vorzügliche musikalische Mitwirkung erhalten. Da aller Voraussicht der morgige Besuch ein ganz bedeutender werden wird, ist ein frühzeitiger Besuch zu empfehlen, da für später kommende keine Gemäße auf einen guten Sitzplatz übernommen werden kann.

Palast-Theater. Coelyn Holt, die amuntliche blonde Schönheit, die sich binnen kurzen in die Herzen aller deutschen Kinobesucher gepielt hat, spielt in einem neuen Film der Fox-Kinoproduktion die Rolle einer reichen Dollarsirene, die von Mischlingen umschmeichelt, nach vielen Strungen und Witterungen den Geliebten ihres Verdens gewinnt. Voreil amlo, der hervorragende englische Viehhändler, spielt die Rolle des festen Zukunensberulanten Roszki, des Ermählten der Coelyn Holt. Der überaus interessante Film ist unter dem Titel „Der festsche Hüter“ erschienen und läuft ab Freitag bis Sonntag im Palast-Theater.

## Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr: Versammlung der jungen Mädchen im Jugendheim.

## Versteigerung.

Im Auftrag der Gemeindefasse wird am 26. Okt. ds. Js., um 15 Uhr, im „Goldenen Ring“

### 1. Schreibstetär

öffentlich meistbietend, gegen gleich bare Bezahlung versteigert werden.

Annaburg, den 21. Oktober 1929.

Der Vollziehungsbeamte. Henkel.

## Konsum-, Produktiv-, Spar- und Bauverein für Annaburg u. Umg.

E. G. m. b. H.

### ordentliche Generalversammlung

im Gasthof zum Bürgergarten.

Tagesordnung:

1. Bericht über das Geschäftsjahr 1928/29, Bericht des Aufsichtsrats, Genehmigung der Bilanz, Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns und Entlastung des Vorstandes.

2. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern und Erbkammern.

3. Geschäftliches.  
Anträge der Mitglieder müssen nach § 17 Abs. 2 des Statuts fünf Tage vorher beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats schriftlich eingereicht sein.

Der Aufsichtsrat. J. A. Wilh. Schüttauf.

## Palast-Theater

Freitag—Sonntag

Beginn: 20.30 Uhr

Ein Faszinierendes, das sich sehen lassen kann!

### Der fische Husar

(Oberleutnant Hossli).

Ein sehr spannender, interessanter Film aus der ungarischen Zeit. Ein Film von Liebe und fischen Husaren, von schönen Mädchen und Hingueriebern. Ein Film, der in ganz Deutschland wahre Triumphe feierte in 7 Akten. — In der Hauptrolle die entzückende blonde Schönheit Evelyn Holt. Wunderbar! Ungarische Lieder hören wir.

Außerdem:

„Gier im D-Zug“ und

„Ergebnis eines Gemannes“

zwei ganz tolle Lustspiele in 4 Akten und

„Die blühende Colorado-Wüste“.

Sonntag nachmittags 3 Uhr wieder große Familien- und Kindervorstellung. Großes Programm

## Lichtspielhaus

Neue Welt

Freitag, Sonnabend u. Sonntag 8 1/2 Uhr

Das große Ereignis

Morgen Freitag 8 Uhr abends unter Mitwirkung des gesamten Köhr'schen Orchesters

Der große Segewald-Zubläusfilm

### Der Veitnaut Ihrer Majestät

— Ein traumverlorenes Liebespiel —

Die gleiche Produktionsleistung, die gleiche Regie, der gleiche Hauptdarsteller des untergepflichten „Sarenittsch“ schenken einen neuen blendenden Film voller Romantik und Gemütsstärke

In der Hauptrolle: Ivan Petrovich

Die alte süße Mär von Hagen, der seine Königin liebt... nur lebenserlöser, wirtlichkeitsnaher, strahlend und bezaubernd, ein Bild von jätlichen Wünschen, heimlichen Küßen, Hoffen, Leben und Bangen... die romantische Geschichte vom „Veitnaut Ihrer Majestät“

— Diesen Film müssen Sie sehen —

Hierzu ein reichhaltiges Beiprogramm  
Geheister Saal Gewöhnliche Preise

## Zeileis - Gallspach

bekannt durch seine Wunderkuren über dessen aufsehenerregende Heilerfolge an hoffnungslosen Kranken viele

Zugehörigkeiten berichten.

Nach dieser Zeileis Methode (Kellim, Madium, Gochfrenk) finden Behandlungen für alle, Ipe, Bron, Leiden, Nati, täglich 9-2, Mittwochs und Sonntags geschlossen.

Schmidt, Jessen, Schweinitzstraße 18.  
(Geschlechtskrankheiten werden nicht behandelt.)

Das Verfaller Dittat bestimmte, daß wir bis 1950 Tribute zu zahlen hätten. Der Damesplan verlängerte diese Zeit rechtsmäßig bis 1961.

Der Pariser Tributplan aber will uns bis 1988 zu jährlichen Zahlungen — durchschnittlich 2 1/4 Milliarden — zwingen.

Wer diese Verlängerung der Sklaverei als willkommenes Geschenk begrüßt, ist wert, Sklave zu sein und schlafe ruhig weiter.

Wer aber die deutsche Freiheit will, trage sich in die Liste

zum Volksbegehren ein.

Achtung! Hausfrauen! Achtung!

Von Sonnabend, den 26. Oktober 1929 ab

beginnt wieder der

große 95 Pf.-Verkauf

bei Richard Grenzic

(so lange Vorrat reicht).

**Roggenkleie  
Roggenrieskleie  
Weizenhalben  
Gerstenschrot  
Weizenmehl  
Maischrot  
Weizen  
Gerste**

sonne bis andere Futtermittel empfiehlt preisw.

Wolff Weichholt jun.

NB. Mein Speicher am

Staatsbahnhof ist jeden

Freitag vorm. von

8—12 Uhr geöffnet.

Verkaufe:

la. Winteräpfel

und zwei 4 Monate alte

rotbraune kurzhaarige

Zwergdackel.

Försterei Meuselko

bei Holzdorf (Elster).

Winteräpfel

haltbare Sorten, verkauft

Richard Fricke,

Jessen, Unterberge Nr. 12.

la Suffelt

schwarz, empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Zur Wäsche

empfehle:

Gentels, Tompons und

Sunlichts-Erzeugnisse,

sonne Fein- u. Kernseifen

erster Fabriken.

Arthur Hönemann

Markt 19.

Für alle Fälle!

1 Jahre trodene

Ofenlängen

frei Haus empfiehlt

Wilhelm Stunze.

Feinstes neues

Sauerkohl

empfehle

Arthur Hönemann

Markt 19.

Kaffee „Hag“

coffeinfrei, empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Bin zu folgenden

Krankenkassen zugelassen:

Betr.-Kr.-K. d. Steingutfabrik  
Forstbetriebskrankenkasse  
Postbetriebskrankenkasse  
Bahnbetriebskrankenkasse

Dr. med. Schliep

prakt. Arzt

Annaburg, Torgauerstr. 45

Telefon vorerst Nr. 309

Dr. Podestà, Augenarzt

Torgau, am Bahnhof

von der Reise zurück!

Drucksachen jeder Art

werden schnellstens angefertigt.

Herm. Steinbeiß, Buchdrucker.

Meuselko.

Sonntag und Montag

labelt zur

Kirmes

freundlächst ein

Lehmann.

Frachtbriele

empfehle die Buchdrucker



Der Herbst ist da...

und mit ihm die neuesten Mode-Schönfungen

in Damen- und

Kindermänteln

Ottoman — Ulsterstoffen — Panama-  
Flausch mit und ohne Pelzkragen

Astrachan — Tuch  
Carl Quehl.

Pa. Koch- und Bratfleisch,

Gewiegetes, hochfeine m. Schwein-

fleisch verarbeitete Salami,

Mortadella, Würstchen, Knob-

lauch- u. Sülzwurst, sowie fertigen

Sauerbraten empfiehlt bestens

Emil Dargatz,

Filiale Annaburg.

Viktoria-Nähmaschinen.

Günstigste Ratenzahlung.

Alle Käuferinnen von Nähmaschinen

können sich an einem, von meiner

Tochter abgehaltenen

Stickkursus

kostenlos beteiligen.

Anmeldungen erbitte sofort!

Fritz Rödler, Fernruf 253.

Reparaturen an Nähmaschinen aller Marken.

Torgauer Kreis-Kalender

Preis 60 Pfennig,

Köhlers Deutscher Kalender

Preis 70 Pfennig, zu haben bei

Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Reiche Ernten

Lüdenlose Feldbestände — Gelunde Pflanzen

— Beschützung vor Auswinterungsschäden

erzielt man durch die

Saatgutbeizung

mit Tillantin und Uspulun Universal.

Zu haben bei: J. G. Fritzsche.

Salicyl-Bergament

zum luftdichten Verschluß der Einmachgläser

in Rollen und Bogen, sowie

Kaffeefiltrierpapier „Melitta“

(geschnitten, in Kartonpackung), empfiehlt

Herm. Steinbeiß, Papierhdlg.

Neu erschieuen:  
Funk Post

Große Winternachts-Programm-Zeitschrift

Für Alle! 20

ausführliche Programme aller Sender! NUR 20 PFENNIGE

UNTERHALTUNG-BILDER-KOMIK-überall zu haben! Probehofft gern umsonst Funk-Post, Berlin N 24

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Der Kampf um das Volksbegehren.

Um was geht es?

Das deutsche Volk steht vor einer folgenschweren politischen Entscheidung. Bis zum 29. Oktober 1929 liegen in allen Gemeinden des deutschen Reiches die Entgegungsscheine für das Volksbegehren aus. Die Urheber dieses Entourges sprechen von einem „Freiheitsgesetz“, einem „Gesetz gegen die Verflawung des deutschen Volkes“.

Deutschlands Befreiung wollen wir alle. Fragt sich nur, welchen Weg wir beschreiten wollen. Will etwa der bisher verfolgte Weg verlassen werden? Darauf geben die Ergebnisse der letzten Frage eine klare Antwort.

Wie stand es im Herbst 1923 um das Deutsche Reich, und wie sieht es heute?

Damals die Franzosen an der Ruhr, das besetzte Gebiet durch die Zollgrenze abgeschnitten, die rheinischen Kohlen in fremder Regie, — heute das Rheinland zum großen Teil befreit, und der Währungs der letzten fremden Soldaten vom deutschen Boden in naher und sicherer Aussicht. Damals separatistische Banden am Rhein, die unter dem Schutz des Gegners ungekränkt ihr Unwesen trieben, — während der Staat nicht einmal Recht genug hatte, seine plündernden Beamten vor Ausweisung schimmerender Willkür zu schützen. Heute ist die Gefahr eines Zerfalls des Deutschen Reiches gebannt, auch am Rhein ist die innere Staatshoheit wieder hergestellt. Damals hatte die Inflation mit allen ihren Schrecken ihren Höhepunkt erreicht; heute ruht die Währung wieder ungestört auf sicherer Grundlage. Damals stand Deutschland in der Welt einer geschlossenen Front des Mistrans gegenüber, heute ist es ein geachtetes Mitglied der Völkergemeinschaft.

Wie wurden alle diese Erfolge erreicht? Nicht durch starke Worte, — sondern durch besonnene und zielbewusste staatsmännliche Taten. Nicht die Arbeit an Deutschlands Befreiung nicht vollendet. Nicht übermüdet ein fremder Reparations-agent den Gang der Zahlungen. Nicht haben haben Ausländer im Generatrat der Reichsbahn-Gesellschaft, nicht in ein Teil der deutschen Reichseinnahmen verpfändet und steht unter der Kontrolle eines fremden Kommissars; nicht so ist die gesamte deutsche Industrie mit 5 Milliarden Obligationen zu Gunsten der Reparations-gläubiger belastet.

Die deutsche Außenpolitik hat es erreicht, daß auch die drückenden Lasten zugleich mit der Befreiung auflösen werden, — wenn der Young-Plan in Kraft tritt. Auf dem Wege der wirtschaftlichen Befreiung ist mit der Haager Konferenz ein weiterer Meilenstein erreicht worden, wenn auch noch längst nicht das Endziel. Denn die Revisionen des Young-Planes ist die Tür zu weiteren Erfolgen offen.

Was will dagegen das Volksbegehren? Gerade die Annahme des Young-Planes soll mit allen Mitteln verhindert werden; diejenigen deutschen Staatsmänner, die durch ihre Unter-schift die geschlossenen Verträge in Geltung setzen wollen, werden mit Justizhaftstrafe bedroht! Was würde aus der Annahme des „Freiheitsgesetzentwurfes“ folgen? Etwa Deutschlands Befreiung von den Lasten des verlorenen Krieges? Keineswegs! Vielmehr würde der bisher gültige Dawes-Plan mit seiner um mindestens 500 Millionen Mark höheren Jahresbemessung auf unbestimmte Zeit weiter bestehen. Dabei können auch die Urheber des Volksbegehrens nicht leugnen, daß die Belastung des Dawes-Planes auf die Dauer untragbar ist. Die Annahme des „Freiheits-“ Gesetzentwurfes hätte ferner zur Folge, daß die Räumung des Rheinlandes auf unbestimmte Zeit hinaus verzögert würde, und daß Deutschland mit dem wiedererwachten Mistrans des gefamten Auslandes und mit erneuten Verdrückungen der früheren Kriegsgegner zu rechnen hätte. Sehr ungewiß ist es, ob bei der Wiederkehr einer Politik der Sanktionen die deutsche

Währung aufrecht erhalten werden könnte. Die fürchterliche Gefahr einer neuen Inflation würde unser Volk bedrohen.

Die Politik des Volksbegehrens führt also mit Sicherheit zur Katastrophe. Alle ungeliebten Folgen des Ruhrkampfes würden sich wiederholen. Deshalb muß jeder, der Deutschlands wirkliche Befreiung will, das Seine tun, um das Volksbegehren zum Scheitern zu bringen. Es genügt nicht, sich von der Enttragung fern zu halten; überall hin muß die Auffklärung verbreitet werden, daß die Annahme des Volksbegehrens das Ergebnis jahrelanger mühselloser Arbeit an Wiederaufstieg Deutschlands zunichte machen würde.

Vornehmlich vom deutschen Beamten muß erwartet werden, daß er das Volksbegehren mit Lauffast bekämpft. Darüber hinaus hat aber jeder verantwortungsbewußte Staatsbürger im allgemeinen und im eigenen Interesse die Aufgabe, diesen gefährlichen Anschlag auf die Fortführung unserer bisherigen Außenpolitik abzumehren.

Für die gesamte Wirtschaft ist die Gefundung der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden von höchster Bedeutung; das Ziel einer Neuordnung des deutschen Finanzwesens ist aber erreichbar, wenn der Young-Plan mit seiner erheblichen Ermäßigung der jährlichen Reparationslast in Kraft getreten ist.

Die deutsche Landwirtschaft und die deutsche Industrie haben bei der Kreditbeschaffung und bei der Aufbringung der Steuerlast mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es versteht sich von selbst, daß jede finanzielle Entlastung der Wirtschaft ausgeschlossen ist, wenn der Young-Plan abgelehnt wird. Die gegenwärtig besonders gespannte Lage des Geldmarktes ist eine direkte Folge der durch das Volksbegehren verursachten Unsicherheit über die Annahme des Young-Planes. Würde nach dem Willen des Volksbegehrens der Young-Plan abgelehnt, so droht im größten Ausmaß die Zurückziehung der kurzfristigen Auslandskredite.

Diese Verschärfung der Lage wäre nicht nur für die Unternehmer in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel verhängnisvoll, — mit besonderer Schwere würden die Folgen dieses Zustandes den Arbeiter und den Angestellten treffen. Er ist stets von der Gefahr der Arbeitslosigkeit bedroht, wenn der Kapitalmangel den Unternehmer zwingt, seinen Betrieb einzuschränken.

Der allgemeine wirtschaftliche Rückschlag, der bei der Ablehnung des Young-Planes eintreten würde, müßte die Provinz Sachsen besonders hart treffen. Die zukunftsreiche Entzückung unserer heimischen Industrie und Landwirtschaft würde sich unterbrochen werden, längst bevor sie ihr Ziel erreicht hat. Weitergehende wirtschaftliche Projekte würden unausgeführt bleiben, wenn aus Mangel an Mitteln der Mittelhandbanal und die Saalekanalisierung nicht vollendet werden können.

Jeder einzelne Bürger hat es heute in der Hand, das Gebeihen der Heimat und die Zukunft des Reiches zu schützen. Aus zwingenden politischen und wirtschaftlichen Gründen muß das Volksbegehren bekämpft werden. Es wird scheitern, wenn jeder Staatsbürger seine Pflicht tut.

- Magdeburg, den 19. Oktober 1929. Dr. Maentig, Oberpräsident der Provinz Sachsen gleich als Präsident des Provinzialparlamentes und Chef der Strombauverwaltung. Dr. Becker, Generalstaatsanwalt, Naumburg a/S. von Harnack, Regierungspräsident, Merseburg. Dr. Hubener, Landeshauptmann, Merseburg. Dr. Lößlich, Präsident des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland, Erfurt. Bohlmann, Regierungspräsident, Magdeburg. Schulte, Präsident des Staatsbureauamtes, Naumburg a/S. Liebenow, Regierungspräsident, Erfurt. Weber, Vorkämpfer des Provinzialparlamentes.

Nah und Fern

Esneefall im Schwarzwald. Im Hochschwarzwald verschied in den letzten Tagen, während die Temperatur auf dem Gefrierpunkt sank, Schneefall bis zu etwa 700 Metern herab. Rings den benachbarten schweizerischen Gebieten werden ähnliche Wetterverhältnisse gemeldet. Auf dem Berg, dem Hühners und dem Galtard liegt bereits eine etwa 50 Zentimeter hohe Schneedecke.

Das Drama der Großmutter. In Friedland in Mecklenburg traf am Abend ihrer Schwieger-töchter die Arbeiterin Wilhelmine Wiedrich mit der anderen Großmutter des neugeborenen Kindes zusammen. Die beiden Großmütter erzürnten sich, weil die eine behauptete, das Kind ähnelte dem Vater, während die andere fest und bestimmt erklärte, es gleiche der Mutter. Infolge dieser Meinungsverschiedenheit entstand eine Schlägerei und die Polizei mußte herbeigekufen werden. Die Witwe Wiedrich nahm sich den Aufruf so zu Herzen, daß sie sich gleich darauf auf dem Hausboden erhängte.

Verhaftung eines Kaufschiffes. Die Saenger Polizei verhaftete einen 19jährigen Erwerbslosen, als er auf ein gefährliches Rezept hin eine größere Menge Kaufschiff auf einer Apotheke abholen wollte. Bei dem Ver-fahren wurden noch sehr Mengen mit Kaufschiffen gefunden, außerdem Rezeptformulare eines Saenger Arztes, die der Kaufschiffhändler mit häufigem nachgeordnetem Schrift des Arztes ausgefüllt hatte. Der Verhaftete unter-nahm durch Öffnen der Pulsadern einen Selbstmord-versuch, der jedoch mißglückte.

Obsektion wegen für die Auffindung eines vermissten französischen Fußballführers. Am 22. September d. J. fand man in Agron einen französischen Fußballer, der tags vorher an einer Pariser Besichtigung teilgenommen hatte. Blutspuren an der Gondel ließen darauf schließen, daß der Jüngling der Gondel verbunden und dann hinaus-geschleudert worden war. Die Nachforschungen haben er-gaben, daß das Unglück sich in Deutschland zugetragen haben muß, und zwar ungefähr 100 Kilometer nördlich oder südlich der vermuthlichen Fluglinie Stutt-gart—Ulmsburg—Münster—Hamburg. Man geht auf eine Belohnung von 20000 Franc ausgesetzt worden für Mitteilungen, die die Auffindung der Leiche des Piloten ermöglichen.

Gründung einer Zeppelin-Transportgesellschaft. Die National City Bank in Newyork gründete eine Zeppelin-Transportgesellschaft mit dem Sitz in Delaware für den Dienst zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Eine andere Bankengruppe plant mit der Goodyear Zeppelin-Transportgesellschaft einen Wettbewerb. Das Kapital der Zeppelin-Transportgesellschaft zerfällt einflussieren in tausend Anteile. Man nimmt an, daß Deutschland eine bedeutende Beteiligung an der Zeppelin-Transport-gesellschaft zugefanden werden wird.

Gasvergiftung einer siebenköpfigen Familie. In einem Wohnhaus im Armenviertel von Newyork wurden ein Vater und seine sechs Kinder, drei Knaben und drei Mädchen im Alter von acht bis hiebzehn Jahren, tot aufgefunden. Sie waren während der Nacht durch aus-gescheutes Gasdampf vergiftet worden.

Kastnererlaubnis zwischen Regern. 4000 Aeger in Schifago, unter denen ein Streit über die Pfortenwacht in ihrer Kirche entstanden war, bereiteten sich mit Kastner-messen bereit, daß mehr als zwanzig verlegt wurden, darunter einige schwer. 60 Aeger wurden verhaftet.

Sieben Vulkan erwachen. Der Vulkan Gorely auf Kamtschatka, 60 Kilometer von Petropawlowitz entfernt, ist nach 60jähriger Ruhepause wieder in Tätigkeit getreten. Auch aus dem Stifel des Kluifschewi-Vulkans kommen

Seine erste Frau

Roman von Max von Weissenthurn

von Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Dieser Gedanke durchzuckte ihn blitzartig und verriet sich deutlich in seinem Akt.

Philippine war die erste, die sprach: „Kieshalb werde ich denn gleich einem unartigen Kinde, dem man eine Strafbüchse halten will, hierher geschleppt? Welche große Sünde habe ich begangen, daß man sich erlaubt, mich in Gegenwart eines Gastes zu bemitleiden?“

Beim Stange ihrer Stimme suchte er zusammen, entgegnete aber sofort bestimmt: „Hans Murr fällt nicht in die Waagschale. Er weiß, welches Leben wir führen, wenigstens gerührt es ihn nicht an Gelegenheit, darüber Studien zu machen.“

„Was soll das heißen?“ „Das wirst du wohl selber wissen!“ „Ich ahne es nicht!“

Er blinzte ihr unterwürdig in die Augen, und sagte fast: „Wenn du es wirklich nicht ahnen solltest, dann ist es die höchste Zeit, daß ich dir die Augen öffne. Der junge Mann ist zuelet in unserem Hause, du beuchst seine Angehörigen zu oft — die Leute reden darüber!“

Sie zuckte die Achseln. „Als ob man das hindern könnte! Die Leute reden auch über dich; sie sagen, daß du trinkst!“

Ihre Worte trofen ihm gleich einem Reifenschub. Eine Wutwelle stieg ihm zu Kopf; er biß sich auf die Lippen, und sagte dann kalt und ruhig: „Wenn ich es tat oder tue, so füge ich damit niemand ein Unrecht zu außer mir selbst, und das zählt nicht, weil es ja niemand interessiert!“

„Oh, wenn du dich als Mährtrier hinstellen willst, dann bitte, verschone mich!“ warf Philippine ein, indem sie Miene machte, sich zu erheben.

Er aber vertrat ihr den Weg. „Ich habe ganz und gar nicht die Absicht, mich als Mährtrier hinzustellen“, entgegnete er; „ich bin dich nur, bei mir einzutreten, um dir bündig zu erklären, daß du diese Person, diese Sarcourt, aus meinen Diensten ent-

lassen mußst. Sie ist zur Betreuung unserer Kinder nicht zu gebrauchen. Sie schmachtet dir und das blendet dich, aber ich sollte meinen, daß das heutige Ereignis, der Umstand, daß sie deine Knaben fast ums Leben brachte, dir die Augen hätte öffnen müssen. Zahl! Ich meinwegen einen mehrmonatlichen Lohn, aber entferne sie sofort, denn ich kann ihren Anblick nicht mehr ertragen!“

Seine Stimme verriet die tiefere Erregung, die jede gute Frau und Mutter unter den obwaltenden Verhältnissen begreifen haben würde.

Philippine aber füßte sich nur zum Widerspruch ge-reizt, und sagte: „Ich werde das gewiß nicht tun. Es ist heutzutage viel zu schwer, verlässliche Diensteute zu bekommen, als daß ich gewisss sein könnte, um einer keinen Nachlässigkeit will ich eine Person zu entnehmen, mit der ich sonst zufrieden bin. Das sie mit schmeichelt, ist eine Unnahbarkeit. Ich höre die Schmeicheleren Untergebener gar nicht an und beachte es auch nicht, wenn man meine Freunde schmückt. Bist du nicht damit einverstanden, daß ich mit den Murrs verkehre, so sage es ihnen doch!“

„Ich habe natürlich nichts dagegen, daß du mit den Murrs verkehrst, aber ich wünsche nicht, daß der junge Herr dich den ganzen Tag umtreift. Ich weiß natürlich längst, daß dir an mir nichts gelegen ist, und daß du mich nur gebehrat hast, um in die gute Gesellschaft aufgenom-men zu werden; aber ich möchte, daß du deine Kälte auch noch etwas weitertreibst, und den Leuten zeigt, daß du dich auch für keinen anderen Mann interessierst!“

„Du wirst beleidigt!“ rief Philippine mit sprühenden Widen. „Die Gesellschaft, in der ich verkehre, bevor ich dich betratete, war hinreichend für mich, und mein Geld dünnte dir sehr annehmbar. Ich will nicht behaupten, daß ich jemals so überginglich in dich verliebt war, wie deine erste Frau es gewesen ist, aber —“

Baron Michael richtete plötzlich das Haupt empor: „Ich verbiete dir, von meiner ersten Frau zu sprechen!“ rief er streng.

Obwohl seine Stimme nicht lauter klang als gewöhnlich, blinzte er seine Frau doch mit solchem Gesichtsausdruck an, daß sie das Thema nicht fortsetzte.

„Was du mir auch sagen magst, es könnte mir gar nicht einfallen, allgemeines Aufsehen zu erregen, indem ich mich von der Welt abschleue und mit niemand verkehre.“

„Ich füge mich in die Langeweile des Landbesizes; aber ich fahre, reite und jage gern, und kann diesen Vergnügungen doch nicht ganz allein nachgehen. Wenn du mich nicht degestellst — und du tust das bestimmt nicht —, so muß ich jemand anders miteinnehmen. Ein jeder, dem du er-zählst, daß du auf einen halben Knaben, wie Hans Murr, eifersüchtig bist, würde dich auslachen!“

Er ist ebenförmig mehr ein Knabe, wie du ein Mädchen bist, sondern ungefähr in deinem Alter!“ entgegnete der Baron scharf.

„Weinst du? Nun, ich sehe ihn noch als halben Knaben an, und ich vermute, du verlanst auch nicht, daß er mir als etwas anderes erscheine soll.“

Baron Michael runzelte die Stirn. Bevor er aber ein Wort der Entgegnung zu finden vermochte, hörte man draußen einen gewaltigen Lärm, als ob jemand an Wände und Türen stöße, und mehrere Rufe wurden laut.

Mann und Frau erkannten alsbald die Stimme ihres ältesten Knaben, der tobend erklärte, daß er sich nicht abhalten lassen würde, dem Papa gute Nacht zu sagen.

Baron Michael, der über diese Unterbrechung froh war, öffnete die Tür, und Willys kleine Gestalt wurde sichtbar. Die Saare hingen ihm wir ums Gesicht, der Ausdruck trotigen Eigenwillens sprach aus seinen Zügen.

Baron Michael zog das Kind an sich und ließ sich in den nächsten Armstuhl nieder. Er legte die Hand auf das lockige Haupt des Knaben, und sagte zu seiner Frau: „Wenn du es auch über das Herz bringen kannst, meinen Bitten zu widerstehen, so fasse ich es doch nicht, wie du diesem Kind gegenüber gleichgültig zu bleiben vermagst.“

Philippine achte nicht auf seine Worte. „Schiede den Knaben zu Bett!“ sagte sie gerührt. „Frau-lein Sarcourt wartet auf ihn, und sie weiß, wie ausdrücklich ich wünsche, daß die Kinder nicht über ihre Zeit aufbleiben.“

Der Baron beugte sich nieder, küßte den Knaben und schob ihn dann der Mutter zu.

Schüchtern trat der kleine an Philippine heran, und diese drückte einen kalten, stählernen Kuß auf seine Stirn, der in tiefemem Kontrast zu der leidenschaftlichen Um-armung des Vaters stand.

Keiner der beiden aber hörte den höflichen Laut, der sich den Lippen der Frau entrang, die draußen vor dem Fenster stand.

(Fortsetzung folgt.)



# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torquastr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung ufm. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Ämliches

Publikations-Organ



für Amts- und

Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einchl. Umrahmung. Schmeitiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 127.

Donnerstag, den 24. Oktober 1929.

32. Jahrg.

## Spruch des Staatsgerichtshofes

### Einstweilige Verfügung gegen Preußen abgelehnt.

Das Leipziger Urteil.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte verkündete am Mittwoch nachmittag als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes zu Leipzig in der Verfassungsrechtskammer zwischen der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei und dem Lande Preußen folgende Entscheidung: „Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wird zurückgewiesen.“ Die Klage hatte sich gegen den Erlass des preussischen Staatsministeriums gewandt, durch welchen die Beamten vor Unterzeichnung des Volksbegehrens gewarnt wurden. Es wurde eine einstweilige Verfügung gegen diesen Erlass verlangt, auch des Inhalts, daß die Staatsregierung weitere Anordnungen dieser Art zu verweigern, die weiteren Anordnungen aber zurückzuschieben hätte.

Bei Beginn der Verhandlung hatten die Vertreter des Landes Preußen wie der klägerische Partei das Recht ihrer beiderseitigen Antraggeber darzulegen versucht. Es lag auch ein Antrag vor, den Reichsgerichtspräsidenten als Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes zu wählen. Der Antrag des Reichsgerichtspräsidenten wurde abgelehnt. Der Antrag des Reichsgerichtspräsidenten wurde abgelehnt. Der Antrag des Reichsgerichtspräsidenten wurde abgelehnt.

Am weiteren Verlauf kamen die verschiedenen Aufstellungen wiederholt zu ausführlicher Darlegung und es wurde beschlossen, der preussische Ministerpräsident Braun solle nähere Erklärungen über die Auslegung gewisser Stellen des an die preussischen Beamten gerichteten Warnungsaufrufes geben.

### Aus der Begründung des Staatsgerichtshofes.

Für den abzuweisenden Bescheid gegenüber dem Verlangen der preussischen Deutschnationalen Landtagsfraktion, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, führte der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes in der Begründung u. a. folgendes an:

Der Staatsgerichtshof habe bisher nur zwei ähnliche solche Verfügungen erlassen; die eine in einem Privatstreit zwischen zwei Ländern, die andere in einem Streit zwischen dem Reich und mehreren Ländern. Es könne behauptet werden, ob Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes überhaupt Raum für eine einstweilige Verfügung des Staatsgerichtshofes bieten. Im vorliegenden Falle sei der Erlass einer Verfügung total ausgeschlossen, weil ihre Ver-

schärfung auf die Regelung eines einseitigen Zustandes unmöglich sei. Sie würde zugleich eine Entscheidung über die Hauptsache enthalten. Die Frage der Befreiung der preussischen Beamten, ohne Rücksicht auf ihre Beamtenstellung sich in die Sphäre für das Volksbegehren einmischen, ist an der Volksabstimmung teilzunehmen, sei auch gerade Gegenstand des Hauptlageantrages und bilde den Streitpunkt der Parteien. Es würde also schon im voraus der sachliche Streit entschieden werden. Das könne nicht geschehen. Deshalb erweise es sich als unmöglich, die beantragte einstweilige Verfügung zu erlassen.

### Erklärungen Brauns.

Zu Beginn der Mittwochverhandlung gab der preussische Vertreter, Ministerpräsident Dr. Brauns, im Namen des preussischen Ministerpräsidenten eine Erklärung ab.

Der Ministerpräsident sei der Auffassung, eine authentische Interpretation seiner im Preussischen Landtag abgegebenen Regierungserklärung ersehe nicht nötig, da es sich jetzt nur um die einstweilige Verfügung handeln könne. Die Deutschnationale Landtagsfraktion hätte bei den wichtigsten Debatten im Landtag Zeit genug gehabt, derartige Aufforderungen zu verlangen. Dieses Verlangen wäre zweifellos beantwortet worden. Wenn die Klägerin es vorgezogen habe, den Verlangen über den Staatsgerichtshof zu stellen, um den Ministerpräsidenten zu zwingen, so sehe der Ministerpräsident keinen Anlaß, ihr auf diesem Wege zu folgen. Wenn der Staatsgerichtshof für eine demnachige Entscheidung in der Hauptsache die Beantwortung einer Frage für zweckmäßig halte, so erwarte der Ministerpräsident die Vorlegung einer bestimmt formulierten schriftlichen Frage. Er werde dann dafür Sorge tragen, daß bis zum Termin schriftliche Beantwortung erfolgt.

Der Vertreter der preussischen Regierung, Dr. Badi, brachte nunmehr eine Reihe von Gründen gegen den Erlass einer einstweiligen Verfügung vor. Die preussische Regierung sei zu ihrem Vorgehen berechtigt gewesen, da § 4 des Volksbegehrens nur den Zweck einer Brandmarke der jetzigen Minister verfolgte.

Nachdem Dr. Badi die Gründe für den Erlass einer einstweiligen Verfügung dargestellt hatte, sprach er sich für die Aufhebung des Bescheides aus. Er habe, nach dem Inhalt der Verhandlungen, die Klägerin nicht für berechtigt gehalten, die Angelegenheit vor den Staatsgerichtshof zu bringen. Er habe, nach dem Inhalt der Verhandlungen, die Klägerin nicht für berechtigt gehalten, die Angelegenheit vor den Staatsgerichtshof zu bringen.

### Kleine Zeitung für eilige Leser

\* Der Staatsgerichtshof in Leipzig wies den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die preussische Regierung bezüglich ihres Auftrages an die Beamten betr. das Volksbegehren ab.

\* Infolge der ausgebrochenen Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung des Young-Planes in den thüringischen Staatspartei ist die Regierung Thüringens zurückgetreten.

\* Der Preussische Landtag lehnte das von den Deutschnationalen gegen die preussische Staatsregierung beantragte Mißtrauensvotum und die damit verbundenen Anträge betr. Young-Plan ab.

\* Die Arbeitslosigkeit ist in der letzten Berichtswache allmählich und fast gleichmäßig weiter gesunken.

\* Große Arbeitermassen verließen in Berlin laut das gefaltete Streikbannmaterial, so daß der Belagerungszustand über die Stadt verhängt wurde.

### Pfalzräumung geht ungehindert weiter.

Unzutreffende Gerüchte.

Die verbreitete Nachricht, wonach das französische Oberkommando auf Veranlassung des Kriegsministeriums die Umarsbefehle für die aus der Pfalz zurückgezogenen Truppen zurückgenommen habe, daß im Gegenteil für die bereits zurückgezogenen Truppen neue Reservementsformationen in die Pfalz aelangt werden sollten und daß andererseits kein Entlassung gekommen ist, ist in allen Teilen unzutreffend.

Das französische Oberkommando hat keinerlei Maßnahmen getroffen, sondern die von vornherein beabsichtigten Maßnahmen werden ordnungsgemäß und wie vorgesehen durchgeführt. Zwei Gruppen Artillerie, etwa 600 Mann, sind bereits aus Lachen-Speyerdorf nach Frankreich abtransportiert worden. Nachdem die jetzt zur Entlassung kommenden alten Mannschaften nach Frankreich zurückgeführt sind, wird von den acht französischen Infanterieregimenten in der dritten Zone je ein Bataillon (Serippe) nach Frankreich zurückgezogen, nimmt dort seine Positionen auf und verbleibt in Frankreich. Hierdurch tritt also eine Verminderung der Truppenstärke um acht Bataillone ein. Schließlich wird ein Pionierbataillon aus Speyer nach Frankreich zurückgezogen.

### Das Kabinett Briand gekürzt.

Wegen seiner Außenpolitik.

In der ersten Sitzung der französischen Kammer stellte Ministerpräsident Briand, wie aus Paris gemeldet wird, die Vertrauensfrage über die Bestätigung der auswärtigen Politik. Die Kammer verlor das Vertrauen der Regierung mit 288 gegen 277 Stimmen das Vertrauen. Die Regierung dürfte somit gezwungen sein, zurückzutreten.

### Die italienisch-belgische Verlobung.

Die Feierlichkeiten.

Der italienische Kronprinz Umberto trifft Mittwoch in Brüssel ein. Er wird am Bahnhof vom König von Belgien, dem Herzog von Brabant und dem Grafen von Flandern begrüßt werden. Nach dem Empfang begibt sich der Prinz mit seiner Begleitung in das Schloß Laeken, wo ein Familienfrühstück stattfindet. Am Abend findet ein weiteres Familienbündel im gleichen Schloß statt. Am Donnerstag, den 24., wird die Verlobung des Prinzen Umberto mit der Prinzessin Marie José offiziell bekanntgegeben. Am Abend gibt der König von Belgien ein großes Galaband mit nachfolgendem großen Empfang, zu dem sämtliche Würdenträger des Belgischen Staates sowie das diplomatische Korps eingeladen sind.

### China beschlagnahmt die Ostbank.

Nach russischen Mitteilungen.

Einer russischen Meldung aus Charkiv zufolge haben die chinesischen Behörden gewaltsam von den Ostern, den Ästen und sonstigem Eigentum der Liquidationskommission für die Bank des Fernen Ostens Besitz ergriffen. Sämtliche Angestellten wurden ihres Dienstes enthoben. Über den Vorfall haben die russischen Kommissare Zimmerarrest verhängt. Zur Erledigung der Angelegenheiten der Bank wurde eine chinesische Kommission ernannt und die Chineser wurden aufgefordert, Zahlungen schließlich an diese Kommission zu entrichten. Die chinesischen Behörden weigern sich, über die Verhaftung ein Protokoll aufzunehmen.

### Reichsminister Schädel gegen das Volksbegehren.

A Rede durch Rundfunk.

Reichsminister Schädel hielt am Dienstag abend im Berliner Rundfunk eine Rede über das Volksbegehren. Er sprach die Einzelheiten und die verschiedenen Paragraphen des verlangten Gesetzes und sagte zusammenfassend, daß der Young-Plan in finanzieller Hinsicht dem deutschen Volk unverdenkbar gegenüber dem Dawes-Plan eine fühlbare Minderung der Lasten bringe. Wer jede Tribunalbesetzung ablehne, der öffne nicht etwa dem deutschen Volk die Tore der Freiheit, sondern er rufe nur die früheren Gewaltmaßnahmen, Sanktionen und Diktate der Befehlsmacht wieder auf den Plan. Er treibe Katastrophepolitik.

### Württemberg und der Young-Plan.

Erklärung im Landtag.

Der Württembergische Landtag nahm Dienstag nach mehr als dreimonatiger Pause seine Beratungen wieder auf. Zu einer sozialdemokratischen Anfrage, betreffend die Stellung der württembergischen Regierung zum Young-Plan, erklärte Staatspräsident Dr. Wols, daß die Regierung zu dieser Frage noch nicht Stellung nehmen könne, da eine Vorlage der Reichsregierung noch nicht vorliege. Sobald diese Vorlage da sei, werde die Regierung im Landtag ihre Stellungnahme mitteilen. Die sozialdemokratischen Anträge auf Besprechung der Angelegenheit wurden abgelehnt.

### Thüringen

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.

Die Thüringer Regierung hat die Angelegenheit der Liquidation der Ostbank in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht.